

## Friedens-Dschirga im Visier

Während Afghanistans Präsident Karzai am Mittwoch vor der Friedens-Dschirga in Kabul die Taliban zur Versöhnung aufrief, antworteten die Aufständischen auf ihre Art – mit Raketen.

Seite 2

## Angst vor Abschiebung

Erst Opfer rassistischer Gewalt, dann abgeschoben – dieses Schicksal droht einem 29-jährigen Flüchtling aus Guinea, weil er zu einer Notlüge griff und seine wahre Herkunft verschwieg.

Seite 3

## Literatur im ND

Ein Bildband erkundet mexikanische Weiten. Ein Krimi arbeitet die Zeit der argentinischen Militärdiktatur auf... Im Blickpunkt heute: Bücher aus und über Lateinamerika.

Seite 17

## Standpunkt

### Druck im Kessel

Von Jürgen Reents

Runter mit der Rüstung, rauf mit der Bildung – diese Forderung wird seit Jahrzehnten von links erhoben. Unter dem Druck der Finanzkrise und der wachsenden Staatsverschuldung scheinen sich auch konservative Kreise dem nicht mehr ganz zu verschließen. Was gesellschaftspolitisch längst geboten war, soll nun – teilweise – geschehen. Die Bundeswehr könnte auf 150 000 Stellen verkleinert werden, heißt es aus dem Hause Guttenberg. Auch andere Überraschungen hat die schwarz-gelbe Koalition parat: Sie überlegt eine Transaktionssteuer für die Finanzmärkte, will den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlösses zumindest verschieben, hat riskante Börsenwetten mit ungedeckten Leerverkäufen ohne EU-Vereinbarung verboten. Das Gegenteil all dessen geht den Konservativen bislang als unantastbar, sie verteuerten jede solcher Forderungen als populistisch. Die späte Einsicht folgt nun der Not – doch was nur der Not folgt, bleibt meist Beiwerk. Mit ihren genannten Vorgriffen vor der am Wochenende geplanten Kabinettsklausur hat sich die schwarz-gelbe Koalition lediglich ein paar Argumente geschaffen, die Kosten der Krise im Übrigen weiter nach unten zu verteilen. Freiwillig will sie ihr Politikkonzept nicht einer gründlichen Inventur unterziehen. Lieber handelt die Bundeskanzlerin weiter nach ihrer am Montag im ARD/ZDF-Interview bekundeten Maxime: Was weiß ich denn, was in drei Monaten kommt? Vielleicht dies: noch mehr Druck im schwarz-gelben Kessel.

## Unten links

Dass in Hannover mangels eigener Attraktivität Ansichtskarten anderer Städte verkauft würden, ist eine böswillige Unterstellung. Hannover ist eine Stadt der Superlative. Und das nicht erst seit dem Supersieg von Oslo. Wir erinnern uns an die Expo 2000 und an den Auftritt Ernst Augusts von Hannover, der dort an den türkischen Pavillon pinkelte. Damit konnte das Expo-Defizit von 1,1 Milliarden Euro allerdings nicht wesentlich reduziert werden. Lediglich 75 Mark Geldbuße spülte das Delikt in die klammen Kassen. Gestern nun gelang es den Hannoveranern, ihren Hauptbahnhof über eine Stunde lang per Stromabschaltung komplett lahmzulegen und so erneut für Furore zu sorgen. Ein weiterer Pluspunkt für Ministerpräsident Christian Wulff, der unbedingter neuer Bundespräsident werden sollte. Dass er die dafür nötigen Qualitäten besitzt, bewies er erst letzten Sonntag, als er am Rande des Rollfelds von Hannover-Langenhagen so staatsmännisch wie geduldig wartete – auf unsere Lena. *ibo*

[www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;  
Österreich 1,60/1,80 EUR;  
Slowakei 1,70/1,90 EUR;  
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;  
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

# UNO untersucht Überfall auf Konvoi

Menschenrechtsrat beschloss Gaza-Ermittlungsteam / Gysi traf israelischen Botschafter

Zwei Tage nach dem israelischen Überfall auf einen Gaza-Hilfskonvoi hat der UNO-Menschenrechtsrat beschlossen, den Tathergang von einem internationalen Ermittlungsteam aufklären zu lassen.

Genf/Berlin (Agenturen/ND). 32 der 47 Mitgliedsländer des UNO-Menschenrechtsrates in Genf stimmten für die Entsendung einer unabhängigen Untersuchungskommission. Die USA, Norwegen und Italien waren dagegen. Neun Länder, darunter auch weitere EU-Mitglieder, enthielten sich.

In der Resolution wird Israel für sein Vorgehen gegen Schiffe mit Hilfsgütern für die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen verurteilt. Der Militäreinsatz hatte neun Todesopfer gefordert. Mehr als 50 Menschen wurden verletzt. Außerdem wurde die Regierung Israels zur vollständigen Aufgabe ihrer Gaza-Blockade aufgefordert.

Einige EU-Länder bedauerten, dass sie sich der Resolution nicht anschließen konnten. Die Niederlande lehnten es ab, mit der Resolution über die Erklärung des Weltsicherheitsrates vom Dienstag hinauszugehen. Darin war Israel nicht namentlich als Schuldiger genannt worden. Außerdem hatte sich der Sicherheitsrat nur für eine »glaubhafte und transparente« Klärung ausgesprochen. Die USA ließen durchblicken, dass Israel die Untersuchung selbst vornehmen könnte.

Aus diplomatischen Kreisen in Genf hieß es, dass die Türkei bei dem Ringen um die Resolution eine harte Linie gefordert hatte. Nach bisherigen Informationen kamen die meisten Opfer aus der Türkei.

Unterdessen hat Israel alle festgenommenen Aktivisten wieder freigelassen – unter ihnen auch die fünf zunächst noch festsetzenden Deutschen. Die Ausländer würden



Aschdod (Israel): Die Hilfsgüter der aufgebracht Schiffe sollen auf dem Landweg nach Gaza gelangen.

Foto: dpa

in ihre Heimatländer zurückgeschickt, kündigte ein Sprecher der Justizvollzugsbehörden am Mittwoch in Jerusalem an. Nach der Erstürmung der Hilfsflotte in der Nacht zum Montag waren 682 Aktivisten festgesetzt worden.

In Berlin traf der Vorsitzende der Linksfraktion des Bundestages, Gregor Gysi, mit dem israelischen Botschafter in Deutschland, Yoram Ben-Zeev, zusammen. Anschließend teilte die Fraktion in einer Presseerklärung mit, dass Gysi »gegen den völkerrechtswidrigen Akt mit Toten und Verletzten gegen die Schiffe, die Hilfsgüter nach

Gaza bringen wollten«, protestiert habe. Weiter hieß es: »Ebenso protestierte er gegen die Seeblockade des Gaza-Streifens durch Israel. Der israelische Botschafter wies darauf hin, dass die Besetzung des Gaza-Streifens beendet wurde, die Hamas aber nach wie vor gegen Israel Krieg erklärt habe und führe. Deshalb sei es Feindesland und man sei zur Blockade berechtigt. Die Blockade könnte sogar weiter gehen, als sie praktisch gehandhabt werde. Es sei den Organisationen der Hilfs-Flotte auch nicht um die Hilfsgüter gegangen, die man auch anders in den Gaza-

Streifen hätte bringen lassen können, sondern um die Durchbrechung der Blockade. Diese könne Israel zur Vermeidung von Waffenlieferungen und einer Unterstützung der Hamas nicht zulassen.«

Gysi hielt dem entgegen, »dass das Internationale Recht immer und für jeden Staat gelte, auch für Israel. Piraterie sei keinem Staat gestattet. Außerdem sei durch die Toten und Verletzten die Verhältnismäßigkeit nicht im Mindesten gewahrt worden. Israel mache eine Politik, die das eigene Ansehen schwer beschädige und das der Hamas erhöhe.« *Seiten 2 und 4*

# Aussetzung der Wehrpflicht als Krücke beim Canossagang

Vor der Kabinettsklausur: Bundeswehr grübelt über Sparvorschläge, die betreffen jedoch nicht Einsätze im Ausland

Von René Heilig

Im Verteidigungsministerium gibt es Überlegungen, die Wehrpflicht aussetzen und die Zahl der Soldaten von derzeit 254 000 auf rund 150 000 zu verringern. Handeln tut not, denn aus Haushaltssicht steht dem Bund das Wasser bis zur Unterlippe.

Er wolle sich in seiner Amtsführung von »Klarheit und Wahrheit« leiten lassen, behauptete Minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) unlängst vor goldbetretenen Militärs. In aller Klarheit hat er ihnen gesagt, dass vor dem Hintergrund des »finanzpolitischen Canossaganges der Bundesregierung« nicht nur Rüstungsprojekte auf den Prüfstand kommen. Auch von einer Verringerung der »Umfangszahlen« war die Rede.

Nun also soll die Wehrpflicht weichen – kaum dass man ein Gesetz gemacht hat, das deren Dauer auf sechs Monate senkt. Die Aussetzung des gesetzlichen Rekrutenzulaufs bringt pro Jahr rund 400 Millionen Euro. Die Wahrheit aber ist, dass Guttenbergs Ressort aus dem Einzelplan 14 jährlich »weit über eine Milliarde Euro« zur angestrebten Sanierung des Bundes-

haushaltes hergeben soll. Doch allein in diesem Jahr führen die »internationalen Belastungen« dazu, dass gegenüber den genehmigten Haushaltsmitteln ein Mehrbedarf von 840 Millionen Euro angemeldet werden muss. Damit können nur die offensichtlichen Löcher gestopft werden. Denn auch ohne Finanzkrise ist klar, dass sich die Strategen übernommen haben. »Mit den bisherigen Strukturen und einigen Verfahren werden wir die Leistungsfähigkeit unserer Bundeswehr auf Dauer schwerlich sicherstellen können«, bekennt der Minister und sieht ganz klar, dass die »derzeitige nationale Zielvorgabe« für das weltweite Engagement »weder personell noch materiell« erreicht werden kann. 8000 Soldaten im Einsatz und 35 000 im sogenannten Eingreifkräftedispositiv führen schon jetzt an die Grenze der Durchhaltefähigkeit.

Wie das mit weniger Soldaten funktioniert, ist ein Rätsel für Guttenbergs Militärs. Daher hat er Externe mit der »Unternehmensplanung« beauftragt. Doch das dauert zu lange, daher sitzen Staatssekretäre bereits jetzt an einer Streichliste. Dabei hält die Regierung fest an Auslandseinsätzen. Konse-

quenz: Die Bundeswehr wird zu einer hochprofessionellen Armee im Einsatz geschrumpft, deren Attraktivität für geeignete Bewerber noch gesteigert werden soll.

Um weiter in der geopolitischen Logik der Bundesregierung zu bleiben: Unklar ist, wie die kleinere Bundeswehr eingegangene Verpflichtungen innerhalb der NATO, aber auch bei der Auffüllung der EU-Battlegroups erfüllen wird, die Grundlage der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik werden sollten.

Die Schließung von Standorten ist ein Ärgernis für finanzschwache Kommunen. Doch Guttenberg wird auf regionalpolitische Gesichtspunkte keine Rücksicht nehmen. Und wie ist das bei der Rüstung? Der Chef des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS, Louis Gallois, warnt die europäischen Regierungen vor einem Kahlschlag in den Rüstungsetats. Im Guttenberg-Ministerium sind intern Projekte mit einem Fragezeichen versehen: das MEADS-Abwehrsystem, die dritte Tranche Eurofighter, Fregatten... Man könnte mit weniger NH-90- und Tiger-Helikoptern auskommen und auch der Militärtransporter A400M birgt Einsparpotenzial.

Ob der Sparwille der Regierung so weit geht, den Rüstungskonzernen abzusagen, kann Kanzlerin Angela Merkel beim Rundgang auf der Internationalen Luft- und

Raumfahrtmesse erklären. Der ist am Dienstag. Am Wochenende zuvor trifft sich das Kabinett in Meseberg. Auch, um die Marschrichtung nach Canossa zu besprechen.

A N Z E I G E

## MÖBEL OASE

### EXTRA RABATT

auf alle Produkte aus Europa

# Nachlass

# 20%

gültig vom 26.5. bis 8. 6. 2010  
nähere Information [www.moebeloase.de](http://www.moebeloase.de)